

Bestätigung der Diktatur des Proletariats

Trotz dieser zum Teil recht spektakulären Entwicklung besteht keinerlei Anlaß, den heute verschiedentlich auftauchenden *euphorischen* Kommentaren zur Liberalisierung in China beizupflichten. Eine Gesellschaft, welche das Prinzip der „Diktatur des Proletariats“ zum unumstößlichen Wesenskern ihrer Verfassung erhoben hat, wird niemals die Pforten der Freiheit für verschiedene Weltanschauungen und alle Teile der Bevölkerung öffnen können. Folgerichtig wies der chinesische Außenminister *Huang Hua* bereits im Juli 1977 in seiner Rede über Menschenrechte vor Parteikadern darauf hin: „Wir erklären, es ist wahr, daß China einer Handvoll Leuten weder Redefreiheit noch das Wahlrecht gewährt. Darüber hinaus hält es sie unter Überwachung und verweigert ihnen jegliche Unterstützung...“ (Issues & Studies, Februar 1978). In diesem Sinne ist es nur konsequent, daß man nach dem Machtwechsel vom Oktober 1976 nicht nur die dem engsten Kreis der „Viererbände“ angehörigen Politiker in Einzelhaft hält oder sie in den Selbstmord treibt, sondern auch jene verfolgt, die sich in der Vergangenheit für deren politisches Programm engagiert haben. So erreichten uns während der letzten Monate immer wieder Berichte von Schreckensurteilen gegen politische Aktivisten aus der Kulturrevolution. Aber auch die große Mehrheit des chinesischen Volkes muß feststellen, daß der Pfad zwischen Liberalisierung und Repression noch recht schmal ist. Verunsichert durch eine erhebliche Zunahme kritischer Meinungsbekundungen – wie Demonstrationen landverschickter Jugendlicher in Shanghai –, warnt die Parteiführung bereits vor einem überhasteten politischen Frühling. Zugleich macht sie darauf aufmerksam, daß sowohl die „proletarische Demokratie“ als auch die „proletarische Diktatur“ integrale Bestandteile eines jeden sozialistischen Staates seien und deshalb keines der beiden überbetont werden dürfe. Die Shanghaier Lokalzeitung „Wen Hui Bao“ belehrt ihre Leser wie folgt: „Was für eine Freiheit brauchen wir? Die un-

beschränkte persönliche Freiheit, wie z. B. die, in Anwesenheit von Ausländern den Mund aufzureißen, oder aber die proletarische Freiheit, welche durch die proletarische Disziplin geleitet wird... Die Antwort ist natürlich: die zweite Art von Freiheit“ (nach: Agence France Presse, 2. 2. 79). Daß den Worten bereits Taten folgen, belegt nicht nur der Versuch der Pekinger Sicherheitsorgane, die vor kurzem konstituierte erste Menschenrechtsorganisation Chinas unter dem Vorwurf, sie sei von „subversiven Elementen“ unterwandert, auseinanderzubrechen (Far Eastern Economic Review, 9. 2. 79), sondern auch die Anfang April vollzogene Verhaftung von ca. zehn ihrer aktivsten Mitglieder.

Auch nach Chinas Westöffnung ist es noch ein heikles Unterfangen, über seine innenpolitische Entwicklung langfristige Prognosen abzugeben. Dennoch darf man in Anbetracht der seit Maos Tod praktizierten Politik vermuten, daß die Volksrepublik einem schweren und problemreichen Jahrzehnt entgegengeht. Für sie gilt es nicht nur, in absehbarer Zeit die mit der ideologischen Umorientierung verbundenen Konflikte zu lösen, sondern auch das hochgesteckte Programm der „Vier Modernisierungen“ zu verwirklichen. Besonders die Bewältigung der zweiten Aufgabe ist für ein armes Entwicklungsland wie China, das über ein Sozialprodukt von nur 400 US-Dollar pro Einwohner verfügt, von enormer Schwierigkeit. Sollte man dabei scheitern, und gerade die Zuwachszahlen des für die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung so wichtigen Agrarsektors sind bislang nicht eben ermutigend, dann werden sich politische Krisen größeren Ausmaßes kaum vermeiden lassen. Gelänge es jedoch, den laufenden Zehnjahresplan unter den Bedingungen härtester Arbeit auch nur annähernd zu erfüllen, so stände wahrscheinlich eine Epoche der inneren Stabilität und Ruhe bevor. Aber die Volksrepublik China gab in der Vergangenheit immer wieder Anlaß zu Überraschungen, und so nähme es nicht wunder, wenn in den achtziger Jahren politische Entwicklungen zum Tragen kämen, für deren Beurteilung uns gegenwärtig noch jegliche Maßstäbe fehlen.

Horst F. Vetter

Forum

Pastoral der Befreiung und Basisgemeinschaften in Brasilien

Erfahrungsbericht eines Bischofs

Der folgende Erfahrungsbericht wurde uns von Reinhard Pünder, seit 1978 Bischof der neugegründeten Diözese Coarata (Maranhão) im Nordosten Brasiliens, südostwärts des Amazonasmündungsgebietes, zugesandt. Der Bericht,

dem wir gerne Raum geben, ergänzt aus der Perspektive des Bischofs einer großflächigen Diözese mit größter Priesterarmut in anschaulicher Weise das Interview dieses Heftes (vgl. S. 235).

Das Bistum Coroatá hat auf einer Fläche so groß wie Hessen ca. 400 000 Einwohner. Die meisten von ihnen wohnen auf dem Lande als Landarbeiter und Kleinbauern. Sie bauen dort Reis, Mais, Bohnen, Manioka und Obst an. Hiervon und von ein wenig Kleinvieh und von der Babacú-Nuß der unendlichen Ölpalmenwälder leben sie. Alle Einwohner des Bistums gelten als katholisch, weil alle getauft sind und es dort nur die katholische Kirche gibt. Nur 9 Priester und 23 Ordensschwestern stehen für die 400 000 Menschen zur Verfügung. Für gleich viele Katholiken hat beispielsweise das Bistum Eichstätt (obwohl flächenmäßig dreimal kleiner als das Bistum Coroatá) über 500 Priester und über 1000 Ordensschwestern.

Schwierigstes Sozialproblem: Landvertreibung

In der Kolonialzeit wurde Brasilien erst an der Küste und dann allmählich landeinwärts entlang den Flußläufen besiedelt. Erst in den letzten 50–60 Jahren wurde auch das eigentliche Binnenland – abseits der Flüsse – von Leuten besiedelt, die aus Dürregebieten oder aus anderen sozialproblematischen Gegenden ausgewandert waren. Jetzt leben überall über das Land verstreut solche Kleinbauern in Dörfchen oder Einzelhütten. Juristisch halten sie es im Grunde nicht anders als die Indios, von denen sie teilweise abstammen: sie sind einfach da und bebauen ein Stückchen Land, das danach 9 Jahre brachliegen muß, bevor es wieder zum Anbau verwertet werden kann. Der Boden wird von ihnen als allen gehörig betrachtet. Sich um das gesetzliche Bodenrecht des Landes zu kümmern, hatte man keinen Anlaß: Es ging ja ohnedies. Unwissenheit und Initiativmangel kamen hinzu. Dabei kann man nach brasilianischem Recht Bodeneigentum durch „Bebauungsersitzung“ erlangen (also nicht nur durch Kauf usw.).

Bodeneigentümer wird auf diesem Weg, wer den Boden 5 Jahre lang bebaut hat. Man hat dann einen Anspruch darauf, daß das Eigentum beim Katasteramt eingetragen wird. Die meisten haben das versäumt. – Jedenfalls zunächst. So galten bis vor 15 Jahren zwei Drittel des Staatsgebietes von Maranhão offiziell als „Niemandland“-Land, das dem Staat gehört. (Der größte Teil des dritten Drittels war Großgrundbesitz.) Dann brach vor 15 Jahren der „Fortschritt“ aus und damit unser größtes Sozialproblem von heute. Maranhão wurde durch den Bau von Straßen an die anderen, entwickelteren Gebiete Brasiliens angeschlossen. Wo die Straßen verlaufen sollten, das wußten natürlich die Politiker, die Verwaltungsleute und deren Freunde und Familienmitglieder schon vorher und interessierten sich für das Land, das dadurch natürlich enorm im Wert stieg. Was sind das für Leute? Alle möglichen; auch z. B. Rechtsanwälte oder Ärzte, die ihr Geld anlegen wollen, weil es wegen der Inflation sonst ständig an Wert verliert. Oft sind es auch inländische oder ausländische Firmen. Sie erwerben das Land also, entweder von irgendeiner Erbgemeinschaft aus den alten, riesenhaften

Großgrundbesitzen oder aber sie „kaufen“ es vom Staat, nicht immer für Geld – wenigstens nicht offiziell –, sondern lassen es sich einfach zuschreiben, wenn auch ohne jenen Bebauungsersitzungsanspruch, den die Kleinbauern hätten erheben können, die das Land bereits „besitzen“ und es auch – anders als die neuen Eigentümer – zum Lebensunterhalt brauchen. Oft spielt beim Erwerb Besteuerung eine Rolle. Oder man kauft 100 ha hier und 100 ha dort und grenzt dann 600 ha ab, nämlich alles, was dazwischenliegt. Ziel ist die Installation einer neuen Monokultur, nämlich einer am Weltmarkt orientierten Fleischproduktion. Die Regierung fördert dies, da das Land Devisen braucht. Man versucht also große Viehherden aufzuziehen, was sehr ertragreich ist, da kaum Arbeitslöhne anfallen. Pro 5 ha wird ein Stück Vieh geplant, das sich auf dem Land von selbst vermehrt und – wenn es ausgewachsen ist – eingefangen und in Fleischfabriken verarbeitet wird.

Die Kleinbauern sind da einfach im Wege. Es haben sich skrupellose Methoden eingespielt, sie von ihrem Land zu vertreiben. Entweder jagt man einfach die Viehherden über ihre kleinen Äcker oder verschafft sich – für Bezahlung – die Hilfe eines Polizisten, der die Leute zwingt, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sie sich bereit erklären, sich unter dem gesetzlich festgelegten Satz entschädigen zu lassen und wegzugehen; oder man zwingt sie, jetzt Pacht zu zahlen, die dann so hochgeschraubt wird, daß sie nicht mehr erschwinglich ist ... Unglaubliches gibt es, selbst Flammen und Blut.

Die Zweite Lateinamerikanische Bischofs-Konferenz von Medellín sagt einmal in einem Dokument, daß in den Ländern der Kolonisierung von außen eine „Kolonisierung von innen“ gefolgt ist. Im Grunde genommen wiederholt sich, was in der Kolonialzeit auch geschah. Damals nutzte man die kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit, nicht zuletzt die Überlegenheit der Feuerwaffen, aus und betrachtete dies als gutes Recht. Das setzt sich heute mit anderen, was ihren Geist anlangt, aber durchaus verwandten Methoden fort. Nur wird es dadurch problematischer, daß die Bedrückten, denen das Land genommen wird, nicht mehr so leicht in Niemandland ausweichen können, weil allmählich auch in Brasilien alles Land katasterisiert ist und die weißen Flächen auf der Landkarte verschwinden. So wird das Schicksal der Vertriebenen manchmal schlimm und geradezu verzweifelt. Vieh verdrängt Menschen. Und die Millionen in den Elendsvierteln der Großstädte vervielfachen sich. Der „Fortschritt“ ist nur zum Teil echter Fortschritt. Für Millionen schafft er erst das Elend, zu dessen Beseitigung er angetreten war. Dadurch unterminiert er sich auf weite Sicht selbst. Das ist kein Plädoyer gegen Fortschritt und Entwicklung – ich bin für Fortschritt und Entwicklung –, sondern eines gegen eine Art von „Fortschritt“, der das Elend für 80% der Menschen verschlimmert, die dort leben, wo er stattfindet. Das gebietet nicht nur die Moral, sondern auch die Vernunft, sicher auch letztlich die Nationalökonomie. Wir alle müssen weiter und vielschichtiger denken und besser aufeinander hören.

Spätfolge der Kolonialisierung: Fatalismus und mangelnder Bürgersinn

Wenn man mit den eigenen Augen und Ohren an Ort und Stelle miterlebt, was den Landvertriebenen zugestoßen ist, sieht, um ein wie Vielfaches sich ihr Elend vergrößert hat, könnte man verzweifeln. Es ist schlimm, es sagen zu müssen: man gewöhnt sich auch daran. Natürlich geht es denen, die den Nutzen aus dem Geschehen ziehen, nicht anders. Ja ich muß glauben, daß sie oft kaum von dem Ausmaß der Not wissen, die sie verursachen. Der Mitmensch wird eben oft nicht mehr als Mensch, sondern nur noch als zahlenmäßig registrierter Störfaktor gesehen oder einfach übersehen.

Die meisten Betroffenen ertragen ihr Schicksal mit unglaublicher Geduld und Leidensfähigkeit. Ich mußte einmal bei einem Krankenhausbesuch zusehen, wie einem Vater unter den Händen das Kind starb, das er pflegte. Der Junge lag nackt auf dem Bett, keine Krankenschwester und kein Arzt kümmerten sich mehr um ihn, und der Vater hatte alle Hände voll zu tun, die Fliegen wegzujagen, die über das Körperchen krabbelten. Irgend jemand hatte dem Kind, um ihm zu helfen, eine Spritze gegeben, die es nicht vertrug. Am meisten erschütterte mich, wie der Mann es aufgenommen hat. Einfach so! Wie daß es regnet oder schneit. Er räumte sein totes Kind einfach weg. – Was haben diese Menschen für ein Gottesbild! Wenn man sie in einer solchen Situation fragt, wie es ihnen gehe, sagen sie: „Wie Gott will“, und das heißt: „Schlecht!“ Menschen, die mit der Liebe Gottes und unserer Mitverantwortung dafür, daß diese Liebe sich in der Welt fortpflanzt und zum Siege kommt, noch kaum in Berührung gekommen sind! Vielleicht ist auch diese Mentalität eine Spätfolge unserer Kolonisierung. Die von Europa gekommene Oberschicht beherrscht nach wie vor das Land und hat nur mittlerweile ihre Nabelschnur nach Europa abgeschnitten. Bis heute haben die 80% Nachkommen der Unterworfenen nie recht an den Geschicken des Landes teilnehmen können. Die große Mehrheit des Volkes hat bis heute nicht wieder gelernt, in Freiheit und Menschenwürde ihr Leben selbst zu gestalten. Ein brasilianischer Soziologe nennt es das Phänomen des fehlenden Bürgersinns. Er meint damit, daß es kaum Menschen gibt, die – wenn irgendwo etwas nicht klappt oder Mißstände auftreten – die Ärmel hochkrempeln und sagen: Jetzt tun wir uns zusammen und unternehmen etwas. Im allgemeinen appelliert man einfach an „die da oben“ oder läßt es – noch einfacher – laufen. Natürlich könnte man viele der Schwierigkeiten überwinden, aber dafür wäre genau jene Mentalität nötig, die weitgehend fehlt.

Dies ist die Situation, an der die Kirche ansetzt, wenn auch noch nicht sehr lange. Ursprünglich war sie mit den Kolonisatoren ins Land gekommen, und ihre Bischöfe und leitenden Priester rekrutierten sich jahrhundertlang weitgehend aus der Herrschicht. Dies allein schon deshalb, weil hier häufiger gesündere Familienverhältnisse herrschten als bei den Sklaven, meist dank frommen Müttern, die auch etwas vom Katechismus kannten. Die Leute

auf dem Land, „auf der Heide“, waren – wie zur Römerzeit – „Pagani“, Heiden. Natürlich kam es gelegentlich vor, daß auch jemand aus der unteren Schicht Priester wurde, aber dazu gehörte immer der mutige Entschluß, auch sozial aufzusteigen. Dies hatte dann wieder andere Probleme und war äußerst selten. Unbewußt hat bis in unsere Tage auch das Patronatsrecht weitergewirkt, das die Kolonisatoren aus Portugal mitbrachten. Die offizielle Trennung von Kirche und Staat gibt es erst seit diesem Jahrhundert.

Der Umdenkprozeß begann praktisch mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und kam bei der Zweiten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín zum Durchbruch. Die Bischöfe kamen mehr und mehr zu der Überzeugung, daß die herrschenden Verhältnisse nicht einfach hingenommen werden können und daß die Kirche in einer solchen Umwelt eine prophetische, erneuernde und verändernde Funktion hat.

In diesem Zusammenhang werde ich oft nach der *Theologie der Befreiung* gefragt. Es gibt viele „Theologien der Befreiung“. Mag man zu einigen dieser Theologen stehen, wie man will: bei uns in Brasilien – in anderen Ländern Lateinamerikas mag es etwas anders sein – sind sich die Bischöfe praktisch darin einig, daß die Pastoral, die sich aus der theologischen Reflexion der heutigen Situation ergibt, eine „befreiende Pastoral“ sein muß: eine Pastoral, die dem Menschen hilft, er selbst zu werden und seine Verantwortung selbst zu übernehmen und nicht nur fatalistisch alles sich selbst und „denen da oben“ zu überlassen. Dies gilt auch für die Kirche selbst und ihre Gemeinden. Gerade angesichts unserer Priesternot will eine befreiende Pastoral den Gemeinden soviel wie möglich an Verantwortung übertragen.

Förderung von kirchlichen Basisgemeinschaften

Darin gründet das Bemühen der Bischöfe um Gründung und Förderung von Basisgemeinschaften. Man versucht, die Menschen dort, wo sie sind, zusammenzuschließen, damit sie auch ohne Hilfe eines Priesters – der oft nur ein- oder zweimal im Jahr oder einmal im Monat zu Besuch kommen kann – den Mut haben und lernen, miteinander das Evangelium zu lesen und zu versuchen, es in die Tat umzusetzen. Sie sollen zu Gemeinschaften werden, die wirklich aus dem Glauben leben. Es ist erstaunlich, mit wieviel Mut man sich auch gegenseitig die Erfahrungen mitteilt und sich zu helfen sucht, das Evangelium zu verstehen, das ja für alle Schichten geschrieben wurde. Hauptziel dieser kirchlichen Basisgemeinschaften ist es, aus der „Dichotomie“ – wie wir sagen – der Trennung zwischen Kirche und Leben, zwischen Seele und Leib, zwischen Frömmigkeit und Alltagswelt herauszukommen. Gleichzeitig liegt darin eine Hoffnung, die auf Dauer sogar unsere Gesellschaft erneuern könnte. Die kleinen Leute, die bisher immer sich selbst überlassen waren, nie ernst genommen wurden und im großen und ganzen im-

mer nur herumgeschoben wurden, lernen plötzlich, daß sie Brüder haben, die sie ernst nehmen. Im Sinne der befreienden Pastoral spüren sie etwas von ihrer Menschenwürde und lernen, brüderlich und solidarisch miteinander umzugehen und zu handeln. So werden Menschen geformt, die nicht nur brav und fromm sind, sondern mehr Mensch werden, aktiver ihr Schicksal in die Hand nehmen und lernen, an den Entscheidungen mitzuwirken.

Dies wird sich natürlich auch sozial und politisch auswirken, und das ist der Grund, warum es bestimmten Kreisen unangenehm ist, daß die Kirche so handelt. Für sie gilt die Arbeit mit den Basisgemeinschaften als „subversiv“, wie alles, was sich gegenüber der „institutionalisierten Unordnung“ nicht einfach tatenlos verhält. So wird z.B. versucht, zu einer Bewußtseinsbildung zu kommen, daß eine Gewerkschaft, wenn sie nicht funktioniert, wirklich zu einer Gewerkschaft wird, die die Interessen der Leute vertritt. Das ist wesentlich besser, als wenn die Kirche die Interessen der Menschen direkt vertreten würde. Schon das Konzil betont, daß die Aufgaben, die dem Laien typisch sind, auch von den Laien übernommen werden sollen, während die Seelsorger „Männer Gottes“ sein sollen, die helfen, daß alles in der richtigen Weise beseelt ist. Sie haben die Aufgabe, die Charismen der Laien zu entdecken, zu wecken und zu aktivieren. Sie sollen sich aber nicht selbst unmittelbar in diese Dinge einmischen. Dies hat auch der Papst in Puebla wieder betont und uns so geholfen, den Akzent nicht zu verschieben. Was die Ausbildung der Verantwortlichen der Basisgemeinschaften angeht, haben wir in unseren Nachbardiözesen unterschiedliche Erfahrungen gemacht: Da und dort hat man die Zurüstung dieser Leute etwas zu kopflastig betrieben. Das führte dann oft dazu, daß unsere Basisgemeinschaftsvorsteher sich so zu verhalten begannen wie kleine Sektenpastoren. Statt wie alle in den Gruppen im offenen Hemd zu gehen, trugen sie plötzlich Jacke und Hut, ein Buch unter dem Arm und eine Brille auf der Nase und drückten sich sprachlich gewählter aus als die anderen: eine neue Art von Klerikalismus. Dies wünschen wir natürlich nicht. Wir sehen dies zum Teil als Folge einer zu intellektuellen Ausbildung, die nur einen Wissensvorsprung vermittelt, und betonen demgegenüber eine „viventielle“, wie wir sie nennen: eine, die stärker vom Leben ausgeht: entscheidend soll nicht das Wissen sein, sondern die christliche Lebenserfahrung im Alltag. Es wird manchmal gefragt, ob diese kirchlichen Basisgemeinschaften später einmal Pfarreien werden sollen. Wenn man sich überlegt, daß eine Pfarrei im Bistum Coroatá so groß ist wie das Saarland, und das mit europäischen Verhältnissen vergleicht, dann könnte man wirklich sagen, daß wenigstens in den größeren Siedlungseinheiten neue Pfarreien entstehen sollten. Ich bin aber nicht sicher, ob man es jedesmal als Ideal sehen kann, überall dort, wo eine Basisgemeinschaft entsteht, auch einen Pfarrer hinzuschicken. Wahrscheinlich wird es besser sein, wenn die Priester in Priestergemeinschaften zusammenleben und gemeinschaftlich ihre Aufgaben erfüllen. Dann könnten sie von ihrer Gemeinschaftserfahrung her in anderen Ge-

meinschaften helfen, ihr Christentum nicht nur individuell, sondern sozial zu leben. Vielleicht ergibt sich daraus eine neue Art von Kirchenstruktur. Wenigstens gibt uns unsere schwierige Situation die Chance dazu.

Wichtigste Hilfe des Auslandes: Bewußtseinsbildung.

Wie kann uns von Deutschland aus in unserer Situation geholfen werden? Ich war bei meinem Heimatbesuch gerührt und habe dankbar bewundert, wieviel spontane Hilfsbereitschaft mir überall begegnet ist. Nur ist mir aufgefallen, daß die Geste, die dieser Hilfsbereitschaft zur Konkretisierung verhelfen sollte, etwas einseitig der Griff in die Tasche war. So läßt sich Solidarität tatsächlich am schnellsten zeigen. Und auch diese Solidarität brauchen wir natürlich sehr. Aber ich glaube, daß noch viel mehr – sehr viel mehr – geschehen muß, wenn die Verhältnisse auf Dauer besser gestaltet werden sollen. Es geht vor allem um ein neues Bewußtsein, auch in Deutschland und in Europa. Auch da muß man lernen, daß nicht nur materielle Investitionen die Lösung aller Probleme der Dritten Welt darstellen. Denn in Europa, wo materiell alles im Überfluß vorhanden ist, ist eine sehr ernst zu nehmende Zahl von Jugendlichen offensichtlich auch nicht glücklicher und steht vor neuen Problemen, die sie nicht selten sogar zu Drogen und anderen Ersatzbefriedigungen greifen lassen, statt mehr Mensch zu werden und als Glieder der Gesellschaft zu einer wirklichen Verbesserung der Verhältnisse mitzuwirken.

Die erneuernden Kräfte müßten viel stärker in die Gesellschaft hineinwirken, wenn Europa wirklich zu einem Vorbild für die Länder der Dritten Welt werden soll. Wir müssen den Heiligen Geist erbitten, um zu verstehen, wie sehr im Evangelium die Kraft liegt, zu neuen Menschen zu werden, um auch die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Daraus könnten Zellen einer neuen Gesellschaft entstehen, in der schließlich auch die führenden Männer in Wirtschaft, Kultur und Politik Einsichten gewinnen, die sie gegenüber den herrschenden Schichten in unserer Dritten Welt zum Bewußtsein bringen. Dann könnte es da eine wahrhaft positive Veränderung der Lage geben. Natürlich ist dies auf sehr lange Sicht angelegt und wird diejenigen enttäuschen, die gerne schneller Veränderungen sehen möchten. Aber auf Dauer dürfte dies am wichtigsten sein. Was personelle Hilfe anlangt, ist die Situation innerhalb Lateinamerikas sehr unterschiedlich. Im Bistum Coroatá genügten z. Z. einige Inspiratoren, Priester, Ordensschwestern, Laien, mit echt christlichem Geist, die in der Lage sind, diesen Geist zu leben und weiterzugeben und Anstöße zur Selbsthilfe zu vermitteln, damit die Menschen, deren es ja so unendlich viele hier gibt, die Geschicke von Kirche und Gesellschaft selbst in die Hand nehmen. Auf solche „Inspiratoren“ wartet dringend eine notwendige, gewiß nicht leichte, aber, wie die Erfahrung lehrt, im eigentlichen dankbare Arbeit. Mit Inspiratoren meine ich aber nicht Prediger und Redner, auch nicht Entwicklungs-

helfer, die einen Besuch von 3 Jahren machen, sondern Mitarbeiter, die bereit sind, in ein ganz anderes Leben sozusagen einzutauchen, Zeugnis zu geben inmitten von Armen und Reichen, jedem das gebend, was er braucht an Rat, an Licht, an Ermutigung, an Zurechtweisung und an Hilfe.

Auch Europa kann von Lateinamerika lernen

Meinem Eindruck nach gibt es sogar einige Erfahrungen, wo auch die Kirche in Deutschland und Europa von der Kirche in Brasilien lernen könnte. Die Idee der befreien-

den Pastoral ist ja nicht auf unseren Kontinent beschränkt. In Europa überläßt man immer noch vieles gerne den Priestern und hauptamtlichen Kräften und handelt oft über die Laien hinweg oder an ihrer Stelle. Die Gemeinden sollten viel ernster genommen werden, indem man versucht, wirklich lebendige und verantwortliche Gemeinschaften aus ihnen zu machen und ihnen das geistliche und menschliche Rüstzeug dazu zu geben. Unsere schwierige Situation hat uns dazu gezwungen, einen Weg zu gehen, der auf Dauer auch für die Kirche in Europa von großer Bedeutung werden könnte. Es wäre mir eine Freude, wenn ich mithelfen könnte, daß eine Brücke entsteht und immer stärker wird zwischen meiner Heimat und der Dritten Welt, in der ich jetzt lebe. *Bischof Reinhard Pünder*

Kurzinformationen

In einer Erklärung vom 3. April 1979 hat die Kongregation für die Glaubenslehre festgestellt, daß in dem 1977 erschienenen Buch „Quand je dis Dieu“ des französischen Dominikaners Jacques Pohier Behauptungen anzutreffen seien, die „eindeutig nicht mit der Offenbarung und dem kirchlichen Lehramt übereinstimmen“. Die Gläubigen sollen mit der Erklärung auf die Schwere der Irrtümer hingewiesen werden, die keine Fragen betreffen, die der theologischen Diskussion überlassen werden können. Dem Autor waren die römischen Bedenken gegen Aussagen seines Buches schon 21. April 1978 durch den Generalmagister der Dominikaner mitgeteilt worden. Die daraufhin von Pohier brieflich gegebenen Erläuterungen enthielten nach Meinung der Glaubenskongregation nicht das deutliche Bekenntnis zum Glauben der Kirche in den entsprechenden Punkten. Als besonders klare Irrtümer des Buches nennt die Erklärung die *Leugnung der leiblichen Auferstehung Christi*, des Weiterlebens nach dem Tod, der Auferstehung und des ewigen Lebens als Endziel des Menschen. Pohier leugne auch, daß Jesus Christus seinem Leiden den Charakter eines Opfers und einer Erlösungstat geben wollte. Außerdem leugne er, daß die *Heilige Schrift* objektive, echte Glaubenslehre enthalte, die vom Glauben erkannt und vom kirchlichen Lehramt unter der Einwirkung des Heiligen Geistes authentisch dargelegt werden könne. Außer diesen Hauptirrtümern nennt die Erklärung eine Reihe von weiteren Aussagen, die deswegen als gefährlich anzusehen seien, weil sie bei den Gläubigen Unsicherheit in bezug auf grundlegende Wahrheiten des katholischen Glaubens hervorrufen könnten. Dazu gehören die Aussagen Pohiers über die wirkliche Gegenwart Christi in der Eucharistie, die besondere Aufgabe des Priesters bei der Verwirklichung dieser Gegenwart und die Ausübung der Unfehlbarkeit in der Kirche. Außerdem weist die Erklärung darauf hin, daß sich der Autor in bezug auf die *Gottheit Christi* so ungewöhnlich ausdrücke, daß schwer auszumachen sei, ob er hier an der traditionellen katholischen Lehre festhalte. Ein in „Le Monde“ erschienener Kommentar nennt die römische Erklärung eine „überflüssige Entscheidung“ gegen ein Buch, das auch bei seinen Kritikern als „origineller Versuch, die Frage nach Gott und nach der Theologie von der gegenwärtigen Problemstellung

aus anzugehen“, anerkannt worden sei. Außerdem vermische die Erklärung dogmatische Grundwahrheiten mit diskutablen theologischen Meinungen.

Vom 3. bis 5. April hielten die österreichischen Bischöfe in Wien ihre Frühjahrsvollversammlung ab. Der eigentlichen Vollversammlung vorausgegangen war am 2. April ein wie auch bei der Deutschen Bischofskonferenz zur Tradition gewordener *Studententag*, der diesmal „dem Lebensstil und der Lebensweise des Priesters“ gewidmet war. Die Diskussion darüber wurde durch zwei theologische Referate eingeleitet. Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der Stärkung der kollegialen Zusammenarbeit innerhalb des Klerus. Auf der eigentlichen Vollversammlung standen soziale und auch politisch relevante Themen im Vordergrund. Ein Schwerpunkt bildete dabei die Familienpolitik und vor allem die Rechtsstellung der Frau. Gefordert wurde die volle rechtliche Gleichstellung der ledigen und der verheirateten Mutter. Die von Bischof *Johann Weber* (Graz) und Weihbischof *Alois Wagner* (Linz) im Anschluß an die Vollversammlung abgehaltene Pressekonferenz, in der ebenfalls politische und gesellschaftliche Themen im Vordergrund standen, ließ etwas von der *Wahlkampfauseinandersetzung* spüren, in der sich Österreich gegenwärtig befindet und in die sich die Kirche in keiner Weise hineinziehen lassen will. Die beiden Bischöfe betonten die strikte Unabhängigkeit von allen Parteien. Erfreulicherweise seien Katholiken „reichlich in allen Parteien vertreten“. Die Kirche gehe aber weder Bündnisse mit den Parteien ein, noch kündige sie Bündnisse. Sie sei froh, wenn eine politische Partei in einem Punkt gleicher Meinung sei wie die Kirche. Sie könne aber nicht sagen, „welche Partei für die Kirche wählbar sei, weil sie damit selbst Partei würde“. Die Bischöfe äußerten sich auch zu der in jüngster Zeit wieder verstärkten Diskussion über die in Österreich eingeführte *Fristenregelung beim Abtreibungsstrafrecht*. In einer dazu abgegebenen Erklärung heißt es: Das derzeitige Gesetz sei schlecht und schädlich. Es fördere die Verharmlosung des Problems, stelle die Tötung des Lebens praktisch frei und vergrößere die Schutzlosigkeit jener schwangeren